

Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz München.

Erste Ausgabe am 14. Sept. — Abonnementspreis vierteljährlich 25 Pf. — Die Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich
H. Schwarzmann, München, Corneliustra. 24.
Druck der Münchener Handbroscherei Hans Wed. Wollbergr. 18. T. 8390.

Insertionspreis: die 4-spaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pf., bei mehrmaliger Wiederholung entsprechende Rabatt.

Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

Die christl. Gewerkschaften im Jahr 1905.

Das Centralblatt veröffentlicht in Nr. 13 den Bericht über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Das Jahr 1905 wird in der sozialen Geschichte Deutschlands als ein bis jetzt unübertroffenes Kampfjahr bezeichneter. Der Kampf um Streik- und Ausübungsgewalt bestimmten Zonen betrug nach

1900	526 810
1901	137 270
1902	120 876
1903	64 217
1904	60 678

Ergebnis wurde das Berichtsjahr durch den großen Kampf der Ruhrbergleute, an dem allein über 200 000 Personen teilnahmen. Ihm folgten die Metallarbeiterkämpfe in Bayern, die Bauarbeiterkämpfe in Preußen, die Kämpfe in der Textilindustrie, Berliner Elektricität, Berliner Holz-, der Dresdener Glasindustrie u. a. m. Vollständig erfolgreich erzielte nur die Bauarbeiterausübung des Ausübungs- und zwar mit einem für die Arbeiter sehr günstigen, das ganze Ausübungs- und Ausübungsgewalt bestimmten Zonen betrug nach

turenzorganisationen. An Opferwilligkeit lassen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen von ihren sozialdemokratischen Kollegen nicht mehr übertreffen. In den wichtigsten deutschen Industriezentren, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie auch im Saarrevier können auf wirtschaftlichen Gebieten große wichtige Aktionen gegen oder ohne die christlichen Gewerkschaften nicht mehr unternommen werden; auch in Oberbayern verfügten dieselben schon über die gleiche Position, wenn nicht der ungeliebte Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die Kräfte zersplitterte und den Erfolg erschwerte. Die Sozialdemokratie befaßt sich heute ernsthafter denn je mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat dazu allen Grund. Was hilft ihr die Aufnahme des Generalstreiks in ihre politischen Kampfmittel, wenn sie insbesondere in den wichtigsten Industriezentren über einen bedeutenden Bruchteil der Arbeiter nicht verfügt? Angesichts dieser Tatsachen ist es ein Schauspiel für Götter, wie man in bürgerlichen und selbst in christlich geistlichen Kreisen mitunter noch Vorstellungen der kleinlichsten Art an der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften herbeizerrt und sich damit der Unterstützung derselben zu enthalten sucht. Jedes Großzügigkeit und ein weiter Gesichtspunkt zählen im allgemeinen nie zur starken Seite des Bürgertums, und die christliche Gewerkschaftsbewegung findet sich ohne Gram mit dieser Tatsache ab.

Es ist natürlich, daß, seitdem die christliche Gewerkschaftsbewegung zu erkennen beginnt, weitere Kreise derselben ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter auf seiner letzten Generalversammlung eine gründliche Reorganisation vornahm und in seinem neuen Statut als Zweck „die Hebung der geistlichen und wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter auf christlicher und geistlicher Grundlage“ festlegte, oder die frühere Bestimmung: „Durch den Eintritt in den Gewerksverein bekennt sich jeder als Gegner der sozialdemokratischen Grundzüge und Bestrebungen“, weil sie sich in der Praxis als überflüssig erwiesen, soßen sie, glaubten die Sozialdemokratie herleiten zu sollen. Wie diese Annäherung sich vollzog, geht aus der scharfen Polemik hervor, die in letzter Zeit wieder häufig zwischen demokratische Bergarbeiterzeitung gibt in Nr. 20 dieses Jahres zu diesem Kapitel folgende Illustration: „Gleichheitsstreit“, „Subjekt“, „Christliches Anschuldigung“, „verleumde deinen Nächsten“, „Lüge und Schwindelelei“, „so ein Subjekt quält sein krankes Gehirn“, „der Verdorrene stinkt wieder“, „Schmutz“, „Brunnenerdiger“, „Gerechtigkeit und Wahrheit hören mein Geschick“, „Schmutzbomben“, „verwahrloste Subjekte“, „Verleumdungsartifel“, „leise Verleumder“, „heimtückischen Schächter“, „Dolchschleicher“, „Pharisäer“, „Hodenpreiser“, „Gleichheitsstreit“, „patentärztlicher Schläuberger“, „Unfallhug“ usw.

Verstehen sich nun die ängstlichen Gemüter? Mehrere Schwarzmacher stellen im Verlaufe des Jahres die christliche Gewerkschaftsbewegung für gefährlicher als die sozialdemokratische. Man findet auch hier, wie sich bei beidenseitigen Extremen bezeugen; die Hauptarbeit selber ist auf den Massenstreik gerichtet, nur wird das Objekt, warum sich der Kampf dreht, ungenügend bewertet. Einmalige Kräfte werden von beiden Seiten im Blick genommen als nicht vorhanden betrachtet, und so verhält sich, daß häufig eine gewisse Gleichheit zwischen Schwarzmachern und sozialdemokratischen Bewegungen in Erscheinung tritt. Auch der preussische Bundesminister glaubte kürzlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Standrede halten zu sollen. Über den Inhalt derselben regnet es und weiter nicht mit demselben befaßten erwidert, und was bei ihm in einem Moment geäußert wurde, ist der christliche Gewerkschaftsbewegung für die Sozialdemokratie bei weitem gefährlicher. Die Sozialdemokratie ist zu erkennen in Bayern war die Sozialdemokratie an der Saar kammer die Einbeziehung der

preussischen Landesminister bei diesem Stampe kräftig aus, und die sozialdemokratische Agitation bemüht sie wieder als neuen Kriegsdienst, daß die preussische Regierung nicht anderes sei als das Erfassungsorgan der bestehenden Massen. Jedes die wirtschaftlichen Tatsachen treten bei nicht an preussischen Ministerien, die Sozialdemokratie schienen sich trotz alledem massenhaft dem christlichen Metallarbeiterverbände an und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften denken nicht daran, deshalb eine Revolution ihrer monarchischen „Erinnerung“ vorzunehmen, unabwehr, als es auch Staatsmänner gibt die die christliche Gewerkschaftsbewegung anders betrachten. Wir ermahnen nur an die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Strauß von Potsdam bei den diesjährigen Etatsdebatten im Reichstag:

„Deshalb muß man es doch beachten, wenn eine Arbeiterbewegung besteht und sich weiter entwickelt, die erklärt: ja, wir sind auch dafür, daß die materielle Lage der Arbeiter dem wachsenden Wohlstand des gesamten Volkes entsprechend eine bessere wird, daß die Löhne der Arbeiter den gesetzmäßigen Lebensbedürfnissen und geeigneten Lebensmittelpreisen folgen, daß der Arbeiter in größerem Maße als bisher auch an öffentlichen Angelegenheiten beteiligt ist, aber wir wollen dies Ziel mit gewaltigen Mitteln verfolgen in dem bestehenden monarchischen Staat, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.“

Wenn wir gegenüber drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen fortliche machen wollen, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn wir eine Arbeiterpartei schaffen wollen, die innerhalb des gegebenen Staates, innerhalb des bürgerlichen, des monarchischen Staates, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Grenzen ihre Kräfte verlagern und dann haben wir hoch den allverdringenden Grund, solche Arbeiterbewegungen wie die christliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Ich halte deshalb die Richtung, die behauptet die christliche Arbeiterbewegung ist ja noch viel gefährlicher wie die sozialdemokratische, für falsch. Das ist der Standpunkt von Männern, denen jede Forderung des Arbeiters, auch wenn sie auch zu berechtigt ist, an sich antipathisch ist.“

Viele Worte erwidern angeblich auch für neue Schichten im Lager der bürgerlichen Parteien. Daß man sich in den verschiedenen Kreisen mit den christlichen Gewerkschaften beschäftigt, kann viele nur befriedigen.

Ein weiteres markante Merkmal drückte im Jahre 1905 der christlichen Gewerkschaftsbewegung das Gepräge auf: sie war einseitig mit einem sich heben Prozentatz ihrer Mitglieder in Kämpfe verwickelt, wie wohl noch keine andere Gewerkschaftsbewegung, und hat es andererseits aber auch eben so entschieden abgelehnt, sich die Taktik von sozialdemokratischer Seite aufzuzwingen zu lassen. Dierhalb kam es zu zwei gewaltigen Kämpfen, die gegen den gesamten sozialdemokratischen Apparat zu führen waren, wir nennen den rheinisch-westfälischen Verbotsort und den Kölner Holzarbeiterstreik. Beide nahmen in Köln, dem Hauptsitz der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihren Ausgangspunkt. Der Verbotsort wurde provoziert ohne Einverständnis mit den christlichen Gewerkschaften; später glaubte man deren Beteiligung von sozialdemokratischer Seite als etwas selbstverständliches annehmen zu können. Die christlichen Gewerkschaften lehnten indes diese ab, weil ihnen die Ursachen des Postulates für zu geringfügig schienen und Mitglieder der christlichen Gewerkschaften häufig von sozialdemokratischer Seite mit denselben Mitteln boykottiert wurden, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften in besagtem Falle an den Unternehmern verurteilten.

Die sozialdemokratische Presse war daraufhin geneigt auf „christliche Streifbroschüren“, „Schwarzmacherei“ usw. Doch auch dem Rumvie und auch auf dem kirchlich stattgefundenen Verbandstag der sozialdemokratischen Bergarbeiterverband wurde einverstanden, daß bei dem Postot „ganz gewaltige Fehler“ gemacht wurden, und „Der Kurier“, das Organ

